



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ihre Aktivitäten zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen in einem Aktionsplan über fünf Jahre zu bündeln und entsprechend der Aufforderung des Landesbehindertenbeirates vom April 2010 (Beschluss des Beirates 2/2010) konkrete Ziele und Maßnahmen festzulegen,
2. in diesen Aktionsplan eine Prioritätenliste mit Zeitleiste aufzunehmen, die neben den im Landtagsbeschluss 5/68/2309 B aufgeführten Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und zur Herstellung von Barrierefreiheit auch konkrete Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung inklusiver Lebensformen beinhaltet,
3. den Entwurf eines solchen Aktionsplanes bis zum Ende des Jahres 2011 vorzulegen,
4. in der Verwaltung, beginnend in den Bereichen der Sozialverwaltung sowie Schulbehörden und Schulverwaltung, verstärkt entsprechende Fort- und Weiterbildungen anzubieten, um den Prozess der inklusiven Entwicklung auch aus dem Verwaltungsbereich heraus wirksamer fördern zu können.

Begründung

Maßnahmen zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft, zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit und zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention brauchen neben einem langen Atem viele Partnerinnen und Partner. Deshalb sollte unverzüglich und planvoll an die Umsetzung gegangen werden. Wie die vergangene Legislatur gezeigt hat,

(Ausgegeben am 01.06.2011)

sind alle Ressorts gefragt, aber in unterschiedlichem Maße auf die Anforderungen vorbereitet. Die Einbeziehung der Verbände und Interessenvertretungen sollte gesichert werden.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender